## V-1 Ja zu Demokratie - Nein zur AfD!

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 22.02.2024

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Demokratie und offene Gesellschaft

## **Antragstext**

3

8

9

10

11 12

13

16 17

20

21

22

24

25

27

28

Was viele schon lange wussten, was viele schon lange erlebt haben, wurde mit der

Correctiv Recherche zu einem Geheimtreffen von AfD-Funktionär\*innen und andern

Rechtsextremen schwarz auf weiß bestätigt: die AfD steht für ein Deutschland, in

dem Menschen in Kategorien eingeteilt werden, in dem die Menschenrechte nicht

mehr universell gelten sollen, sondern in dem man sie sich verdienen muss.

Menschen, die nicht ins Weltbild der AfD passen, sollen deportiert werden.

Bündnis 90/Die Grünen Berlin sagt ganz klar Nein zu diesen Gewaltphantasien. Wir

stehen und arbeiten für ein Berlin und für ein Deutschland, in dem kein Mensch

aufgrund seiner (zugeschriebenen) Herkunft, seiner sexuellen Orientierung, einer

Behinderung oder der politischen Überzeugung Angst haben muss. Berlin lebt von

der Vielfalt der Menschen, die dieses Land und diese Stadt gestalten. Wir werden deshalb alles in unserer Macht stehende tun, um die Menschen in unserer Stadt zu

schützen und die Extremist\*innen von AfD, Identitärer Bewegung und Co in ihre

14 Schranken zu weisen.

Rechtsextremes Gedankengut lässt sich jedoch nicht per Knopfdruck verbieten.

Demokratiebildung in der Schule, aber auch weit darüber hinaus, muss endlich

auch in unserer Stadt eine größere Priorität eingeräumt bekommen. Das erwarten

wir sowohl vom Regierenden Bürgermeister als auch vom gesamten Senat.

Gleichzeitig muss konsequent gegen Fake News sowie gegen Hass und Hetze on- und

offline vorgegangen werden. Und wer rechtsextremes Gedankengut vertritt, gehört

nicht in den Staatsdienst des Landes Berlin - auch hier erwarten wir, dass der

Senat und die Verwaltung alle ihnen zu Verfügung stehenden Mittel nutzen.

Gleichzeitig erkennen wir an, dass es unsere Aufgabe ist, unsere Demokratie mit

allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen. Die Verfasser\*innen des

Grundgesetzes haben die Möglichkeit eines Parteiverbots nicht ohne Grund in

unsere Verfassung geschrieben - die Erfahrungen der Weimarer Republik waren

ihnen noch zu präsent. Wir sind verpflichtet, dafür zu kämpfen, dass sich diese

Geschichte nicht wiederholt. Ein Parteiverbotsverfahren mag Zeit in Anspruch

nehmen und nicht allein das bestehende Problem, das Deutschland mit

- Rechtsextremismus hat, lösen können. Es ist aber ein weiterer wichtiger Baustein
- zum Schutz der in unserer Stadt lebenden Menschen, zum Schutz unser aller
- Freiheit. Der Landesausschuss von Bündnis 90/Die Grünen Berlin spricht sich
- deshalb dafür aus, ein AfD-Verbot zu prüfen.